

Blickpunkt

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **61 (1981)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

FÖDERALISMUS IM AUFWIND?

Einer der grossen intellektuellen Anwälte für die föderalistische Staatsidee auch in der Gesellschaft der Zukunft, Denis de Rougemont, hat in der «Tribune de Genève» Eindrücke von einer Reise durch das «neue» Frankreich Mitterrands wiedergegeben, die vor allem im Zeichen des Dezentralisierungsprogramms der sozialistischen Regierung stehen. De Rougemont ist der Meinung, die neue Regierungsequipe sei von echten Föderalisten dominiert, im Gegensatz etwa zum Zentralisten Giscard d'Estaing und der ganzen bisherigen Tradition, die seit den grossen Königen konsequent auf eine straffe zentrale Führung von Paris aus getrimmt gewesen war. Der Chefredaktor des Blattes zog denn auch Bilanz aus dem Gespräch mit dem Westschweizer Philosophen und Schriftsteller, indem er die «Föderalisierung Frankreichs» als eine «glorreiche Stunde für Denis de Rougemont» bezeichnete.

Nun ist die gegenwärtige Föderalismus-Diskussion in unserem westlichen Nachbarland keineswegs eine einmalige staatspolitische Erleuchtung der französischen Sozialisten von 1981. Selbst de Gaulle war nicht entgangen, dass die allzu ausgeprägte Zentrierung der politischen (und geistigen) Leitungsfunktionen auf die Hauptstadt mit wesentlichen Nachteilen verbunden sei. Vor allem aber überrascht es etwas, dass ein Denker vom Formate de Rougemonts zwar registriert, dass auch die *neuen* Machthaber lieber den

«in Frankreich besser verständlichen Begriff der Dezentralisierung» als jenen des Föderalismus verwenden, dass ihm aber der *qualitative* Unterschied, der in dieser scheinbar verbalen Differenz liegt – und gerade in Frankreich in der Vergangenheit wie heute mit Händen zu greifen ist –, entgangen zu sein scheint.

Sicherlich wird man auch dem Regime Mitterrand die übliche Karenzfrist für neue Machthaber zugestehen müssen, bis ein gültiges Urteil über seine politisch realen Konzeptionen möglich und fällig ist. Doch fällt es schwer, ausgerechnet auf eine föderalistische Renaissance im eigentlichen Sinne zu hoffen, und zwar ausgerechnet in einem Zeitpunkt, da ein zentrales Feld menschlicher Entfaltungsmöglichkeit, wie sie der echte Föderalismus ja in erster Linie zum Ziele hat, ganz massiven staatlich-zentralistischen Zugriffen ausgesetzt wird: die französische Wirtschaft. Im übrigen lassen sich auch autoritär-dirigistische Verwaltungsstrukturen «dezentralisieren», das heisst regionalisieren, ohne dass sich an der politischen Lebensqualität auch nur das geringste ändern würde. Dass aber das neue Regime in Frankreich seinem ganzen Geiste nach dirigistisch angelegt ist, liegt doch wohl nur zu deutlich vor aller Augen.

So bleibt zu befürchten, dass dem westschweizerischen Altmeister der Föderalismus-Theorie eine weitere Enttäuschung bevorsteht. Jedenfalls dürften für die gegenwärtigen schwei-

zerischen Debatten über föderalistische Probleme wie Aufgabenteilungen oder interkantonale Koordinationen kaum neue Impulse von den französischen Entwicklungen abfallen, wie es einzelne welsche Politiker und Publizisten im Bestreben wahrhaben wollen, die Schweiz am «französischen Wesen» genesen zu lassen. Dabei wären solche Impulse hierzulande keineswegs unwillkommen.

Zwar wurden die positiven Elemente in unserem Staatsaufbau zum Beispiel an den heurigen Bundesfeiern weitherum mit besonderem Nachdruck herausgestrichen – sozusagen als indirekte Gegendemonstration zu dem, was rund um die «Jugendunruhen» alles an «Staatsverdrossenheit» diskutiert und teils auch zelebriert worden ist. Dabei fehlte es auch nicht

an den gebührenden Verneigungen vor dem Föderalismus als einem Garanten für die Staatsform der engagierten Bürger. Doch wenn diese engagierten Bürger und vor allem deren Behörden vor konkreten Problemen und entsprechenden Lösungsversuchen stehen, dann werden die Verneigungen sehr rasch knapper oder verwandeln sich gar – wie bei der Schulkoordination oder bei Aufgabenneuverteilungen, die etwas kosten könnten – in deutliche Gesten der «Verweigerung». Alles in allem also: Der vielzitierte föderalistische Aufwind dürfte weiterhin ein sanftes Säuseln bleiben, sobald es um konkrete Entscheidungen mit Konsequenzen für die Strukturen oder auch nur die politischen Gewohnheiten geht.

Richard Reich

UNBEWÄLTIGTER STABILITÄTSAUFTRAG

Die Schweiz nimmt im wirtschaftlichen Spektrum der Industriestaaten, nicht zu Unrecht, eine Sonderstellung ein. Die Grunddaten, an denen sich die Wirtschaftslage und die Perspektiven ablesen lassen, heben sich, alles in allem genommen, vorteilhaft von jenen ab, die in andern Ländern zu beobachten sind. Diese Aussage ist allerdings in einem doppelten Sinne zu nuancieren: die öffentlichen Haushalte, allen voran natürlich der Bundeshaushalt, leiden unter dem Stress einer strukturell bedingten Überforderung; und sodann – zweitens – hat die *monetäre Instabilität*, die Inflation, wieder ganz erheblich an Virulenz gewonnen. Von einer Musterknabenrolle kann in diesem Bereich nicht mehr ge-

sprochen werden. Ein Inflationsniveau von über 6 % ist schliesslich keine Kleinigkeit – und wirtschaftlich auch keineswegs harmlos.

Auffallend und beunruhigend zugleich ist nur der schlichte Tatbestand, dass der Tanz auf der Inflationsspirale, der wieder in einem beschleunigten Rhythmus aufgeführt wird, bisher nur bescheidene wirtschaftspolitische Reaktionen ausgelöst hat. Wenn vom rhetorischen Feuerwerk jener Kreise abgesehen wird, die das Heil in einem neuen Preisüberwacher glauben erkennen zu können, zeigen sich die wirtschaftspolitischen Akteure im allgemeinen wenig besorgt. Natürlich hat auch die Notenbank Stirnrünzeln bekundet und in der Geldmengenpolitik

Anpassungen vorgenommen. Aber von einem eigentlichen Stimmungswandel, von einer erhöhten wirtschaftspolitischen Alarmstufe, von der Suche nach einer geeigneten Therapie, ist wenig zu spüren.

Dieser Sachverhalt ist eigentlich erstaunlich. Deutet er auf eine wiedererwachte *Inflationsmentalität* hin, die in den vergangenen Jahren überwunden schien? Er bestätigt jedenfalls die Erfahrung, dass der Inflationspegel, der eine die Wirtschaftspolitik aufrüttelnde «Unruhe» zu induzieren vermag, im Laufe der Zeit ganz erheblichen Schwankungen unterworfen ist. Anfangs der sechziger Jahre wurde die Notbremse gezogen, als sich der Konsumentenpreisindex gegen die als unerhört empfundene Grenze von

3,5 % bewegte. Zu Beginn der siebziger Jahre brauchte es eine angenähert zweistellige Inflationsrate, um die Träger der Konjunkturpolitik in Trab zu versetzen. Und 6 % genügen heute offensichtlich noch nicht, um eine breite Diskussion in Schwung zu bringen, obwohl im neuen Konjunkturartikel der Bundesverfassung, über den das Schweizer Volk vor noch nicht allzulanger Zeit abgestimmt hat, der *Stabilitätsauftrag* eindeutig und unmissverständlich formuliert worden ist. Diese eher lendenlahme wirtschaftspolitische Haltung hat selbstverständlich ihre Kosten, nicht zuletzt auf der Seite der öffentlichen Haushalte, deren Rückführung in ein höheres Gleichgewicht dadurch nicht leichter wird.

Willy Linder



STEINFELS

bringt alles ins Reine

Friedrich Steinfels AG, 8023 Zürich